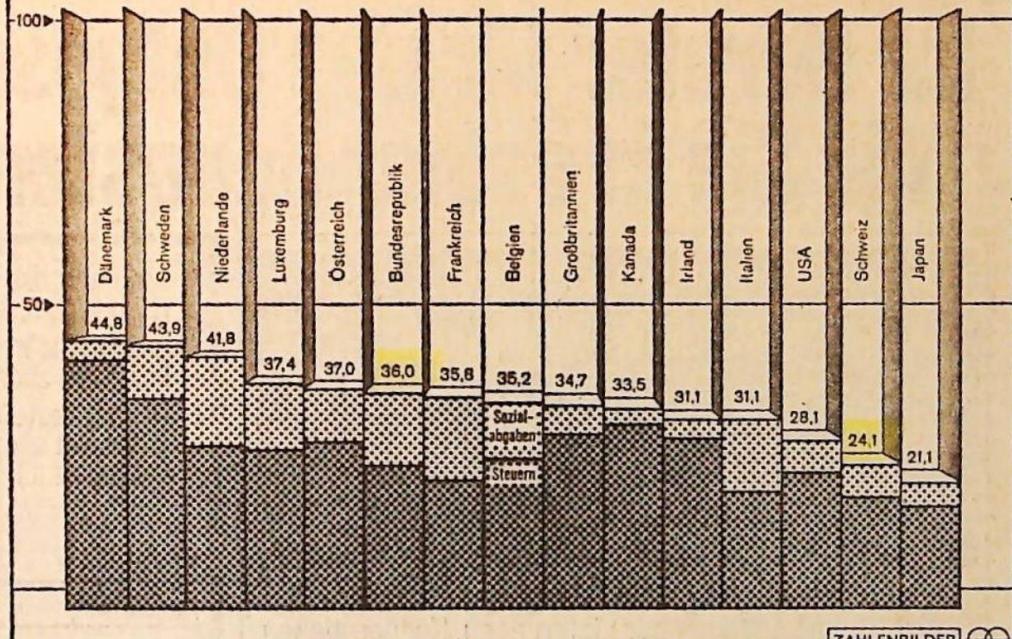


Steuerquote im internationalen Vergleich

vH-Anteil der Steuern einschließlich Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt 1972



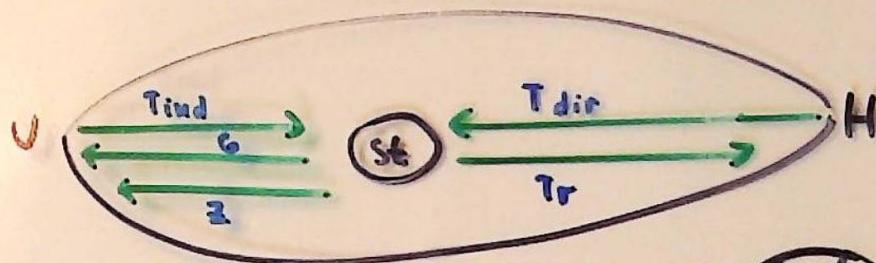
© Erich Schmidt Verlag

ZAHLENBILDER

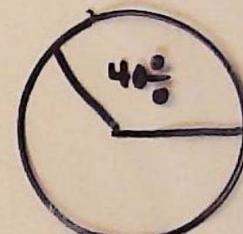
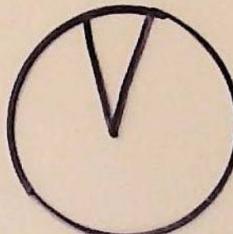
633 II

Steuern und Sozialabgaben machen in der Bundesrepublik nach Berechnungen des Finanz-ausschusses der OECD rund 36 vH des Bruttosozialproduktes aus. Das bedeutet, daß mehr als ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung für den öffentlichen Verbrauch und für öffentliche Investitionen sowie für staatliche Umverteilungszwecke zu Verfügung steht.

Lu 29.4.77



- 1) Staat nicht "neutral"
- 2) Autalsystem \rightsquigarrow Kontrollsysten



Modellvoraussetzungen: 1) nur Aut, 2) Gold=Gold, 3) nur direkte Besteuerung

Modelldurchführung: 1) graphisch, 2) mathematisch, 3) verbal

Modellabgrenzung: keine steuertechnische Einzelheiten, keine Finanzsoziologie

A Konstante Steuer (Kopfsteuer)

Aktionsparameter des Staates: Steuertarif

Steuersatz, Steuertarif; tax rate	Steuerobjekt, Steuermessungsgrundlage; tax base	} "Steuer"
Steuertarif; tax yield, collections		

I Staatsausgaben

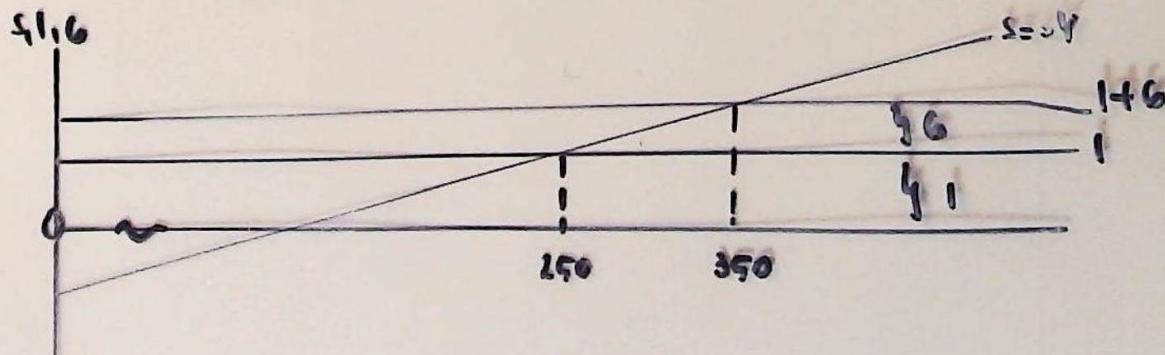
1. Summe 2. Änderungen

$$(M.2) Y = C + I + G \quad Y = C + I + G + Z - T_{ind} \quad \text{vereinfacht}$$

$$(M.3) C = c \cdot Y \quad c = c' ; c_{aut} \text{ vernachlässigt}$$

$$(M.4) Y = c \cdot Y + I + G \quad \begin{array}{l} 1) c \cdot Y \text{ auf linke Seite} \\ 2) Y - c \cdot Y \text{ durch Ausklammern zu } Y(1-c) \\ 3) beide Seiten durch } (1-c) \text{ dividiert} \end{array}$$

$$(M.5) Y = \frac{I + G}{1 - c}$$



$$(M.7) Y + \Delta Y = \frac{1+G + \Delta G}{1-C} \quad \text{Staat erhält Ausgaben}$$

$$(M.8) Y + \Delta Y = \frac{1+G}{1-C} + \frac{\Delta G}{1-C} \quad \text{umgeschrieben}$$

$$(M.9) \Delta Y = \frac{\Delta G}{1-C} \quad \text{und} \quad k = \frac{1}{1-C} \quad \text{Ausgabemultiplikator}$$

Probleme:

- 1) $-\Delta G \rightarrow$ negativer Multiplikatorprozeß. Führt zu Budgetüberschuß. Stillstand, wenn $\Delta S = \Delta G$.
- 2) Wenn ΔG kompensiert wird durch entgegengerichtetes I oder C . „Induktionswirkung“ Abwasserreinigung: $-\Delta I$ bei Unternehmen. Schulgeldfreiheit: $+ \Delta C$ bei Haushalten.
- 3) $\pm \Delta G$ beeinflusst Gewinnerwartungen \rightarrow auf diesem Weg nach längerer Zeit Auswirkungen.
- 4) ΔG bei $A = N \rightarrow$ Marktlegengewinne, Zwangssparen, Luftkosten \rightarrow Minderung des Realvermögens der Haushalte \rightarrow Budgetinflation. Nur in unterbeschäftigte Branchen bei total $A \neq N \rightarrow$ Akzelerationswirkungen \rightarrow indirekte Budgetinflation.
- 5) $\Delta G, c \cdot \Delta G, c^2 \cdot \Delta G \dots$ Wichtig die ersten Runden. Wenn rasch eingreifen, nicht über Haushalte (Konsumlast). Bank, Post.
- 6) Finanzierungsaspekt $\pm \Delta G \rightarrow$ Zinssätze $\rightarrow l$.

Ausgabemultiplikator

$$k = \frac{1}{1-c} \text{ bzw. } \frac{1}{1-c(1-b)}$$

$\pm \Delta G$ kann kompensiert werden durch $\mp \Delta I$ (Umweltinvestitionen) oder $\mp \Delta C$ (Wohngeld); im letzteren Falle ceteris par. $\pm \Delta S$. Per saldo Umschichtung.

$+ \Delta G$: Gewinnerwartungen positiv, $-\Delta G$ negativ. Weil $I_t = f(P_{t+1})$, mit Lag Investitionshöhe beeinflusst.

$+ \Delta G$ bei $A=N$ → ceteris par. Budgetinflation → Zwangssparen. Auch bei "gezielter" Ausgabepolitik (unterverschl. Branchen u. Regionen) über Multiplikator-Akzelerator-Sequenz zu Engpassen in Gesamtwirtschaft.

$+ \Delta G$ bei Unternehmen: erste, wichtige Periode des Multiplikatorprozesses ($\Delta G, c \cdot \Delta G, c^2 \Delta G$) kommt sofort zur Wirkung. $+ \Delta G$ bei Haushalten (Transferzahlungen): Lag, weil $C_t = f(Y_{t-1})$.

$+ \Delta G$: ceteris par. steigt Zinsniveau und bremst I , weil $I_t = f(i)$.

$- \Delta G$: ceteris par. sinkt Zinsniveau und stimuliert Investitionen.

Steuermultiplikator

$$k_s = \frac{-c}{1-c} \text{ bzw. } \frac{-c}{1-c(1-b)}$$

$\mp \Delta T$ kann kompensiert werden durch $\pm \Delta I$ ($-\Delta T$ stärkt Finanzkraft der Firmen → I steigt) oder $\pm \Delta C$ bzw. $\pm \Delta S$ (mehr Einkommen → mehr C und S . Umschichtungen).

$N > A$, jetzt $+ \Delta T \rightarrow$ Drosselung von I und $C \rightarrow N=A$ wird erreicht. $- \Delta T \rightarrow$ Stimulierung von I und C .

$- \Delta T \rightarrow + \Delta C$: wird auf längere Sicht auf I durchschlagen: Akzelerationswirkung aber schwer steuerbar, weil von Dispositionen vieler Haushalte abhängig. Auch Importquote könnte sich erhöhen ($- \Delta T \rightarrow + \Delta M$).

$\pm \Delta T \rightarrow$ Zinsniveau wird beeinflusst. Auswirkungen auf I , weil $I_t = f(i)$, Außenhandel und Kapitalverkehr (Zinsdifferenziale zum Ausland → Wechselkurs!).

$+ \Delta T$ auf Investitionen (Arbeit) führt zu Mindereinsatz von Kapital (Arbeit), Produktionsfunktion verschiebt sich.

$\pm \Delta T$ generell zur Wachstumsbeschleunigung geeignet.

Hauptprobleme der Finanzpolitik in der BRD

Zielgruppenproblem	Kompatibilitätsproblem	Kohärenzproblem
<p>1) § 1 StWG fehlen Definitionen</p> <p>2) Sachverständigerat Fehlentscheidungen 1967 (68):</p> <ol style="list-style-type: none"> Preisindex BSP > 100 (Lebenshaltung!) Unterbeschr.: > 0,8% Arbeit (nicht Kapital!) März 1973: „am bestehenden Arbeitsplatz“ (Postkutschenproblem) Waren- und Leistungsbilanz ± 10% (andere Posten? Kapitalbilanz?) stetiges + angemessenes Wachstum → magisches Polygon! marktw. Ordnung: Parameter? <p>Fazit: Zieldiskussion unvermeidlich</p>	<p>Zielkompatibel (= Ziele können ohne Einschränkungen gleichzeitig erreicht werden) sind die in § 1 StWG genannten Zielgruppen nicht.</p> <p>Vollbeschäftigung ~ Preisstabilität Zahlungsausgleich ~ Vollbeschäft., etc.</p> <p>Fazit: Streit um Vorrangigkeit einzelner Zielgruppen</p>	<p>In Wirtschaftspolitik keine voneinander unabhängige Bereiche. Wenn Hauptziel Vermögenspolitik, dann hohe Steuer für oben Einkommen (statt Vermögen) widersprüchlich. Wenn sozial „gesetzte“ Einkommensverteilung → höhere Lohnquote → +ΔC → Preissteigerungen. Wenn Gesellschaftspolitik → +ΔT oder Verschuldung → Budgetinflation → Preisauftrieb.</p> <p>Fazit: Stabilitätspolitik wird durch andere pol. Maßnahmen gestört</p>
Integrationsproblem	Koordinationsproblem	Tarifautonomieproblem
<p>Mit steigendem Integrationsgrad innerhalb EU sinkt die Wirksamkeit nationaler Fp. Einbuße nationaler Politik wird jedoch durch Zusatzes EU nicht kompensiert (Zölle, Stadtfloating → pol. Probleme)</p> <p>Fazit: stabilitätspolitische Lücke mit steigender Tendenz</p>	<p>1) 25 000 Gemeinden, 11 Länder, 1 Bund</p> <p>2) DBB: sind Jahresprojektionen der Regierung nach § 2 StWG allgemeine Wirtschaftspolitik oder handelt es sich um Weisungen, an welche DBB nicht gehalten</p>	<p>Zentrale Fp. Lücke durch Tarifpolitik unterlaufen werden. „Leitlinien“ nur für Lohn (nicht für Preise), aber unverbindlich.</p> <p>Fazit: falls keine Abstimmung (zu konzentrierten Aktion) mit Tarifpartnern, dann Fp. unbedeutend (Engpass!)</p>

„Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG)“
vom 14. Juni 1967

Geld- und Kreditpolitik der DKB

- 1) Mobilisierungsfonds bei DKB von 8 auf 16 Mrd DM erhöht
- 2) Träger der Rentenversicherung können zur Geldauslage in DKB-Papieren verpflichtet werden

Finanzpolitik der Gebietskörperschaften

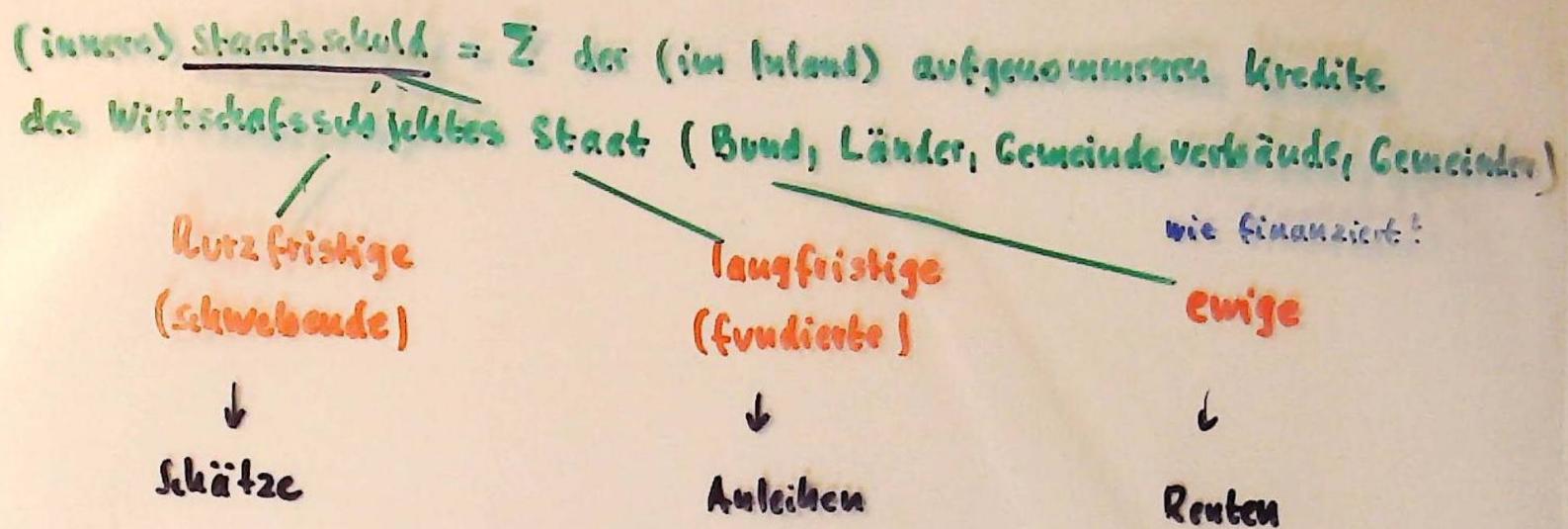
- 1) Reduzierung + Verschiebung von Ausgaben und Erneuerung in Konjunkturausgleichsrücklage
- 2) Erhöhung der Ausgaben in abgekürztem parlamentarischem Verfahren
- 3) Kreditaufnahme FfM bis 5 Mrd DM
- 4) Kreditstop für öffentliche Haushalte
- 5) Degrессive Abschreibung zulassen
- 6) Investitionsprämien bis 7,5% einführen
10%ige Konjunkturzuschläge auf einkommensabhängige Steuern

Koordinierung staatl. Wpolitik mit anderen Gruppen

„Konzertierte Aktion“
autonome Entscheidungen der beteiligten Gruppen
(vor allem der Tarifpartner) sollen aufgrund von
Orientierungsdaten aufeinander abgestimmt
Werden

Außenwirtschaftsmaßnahmen

- Generalklausel in § 4
- 1) Wechselkursänderungen
 - 2) Besteuerung grenzüberschreitender Verkehrs
 - 3) Einführungsgesetz gemäß § 6 Abs.



Grundsätze zur Beurteilung der Staatschuld:

- 1) We owe it to ourselves. Nur äußere Staatschuld darf nach Kriterien der betriebswirtsch. Finanzierungsregeln beurteilt werden.
- 2) Muß nicht zurückbezahlt werden → Refunding.
- 3) Tilgung kein Reichtumsvorteil für Volkswirtschaft, lediglich Transferprozeß.
- 4) Staatliches debt management für Kreditmärkte überaus wichtig.

Wie soll der Staat seine Schulden finanzieren?

Finanzielle Lage	Schwellende Schuld (Verbindlichkeit durch Wedel bei 2B)	Konsolidierte Schuld (Emission von Aktien)	Steuererleichterungen
A \rightarrow N:	Ertrag aus Leerkapazitäten = 0. Staat erreicht durch seine Ver- schuldung Vollbeschäftigung. Er schafft damit jetzt und auch für später A Y. (Vollbe- schäftigung habe \rightarrow mehr Güter in der Zukunft).	Auswirkungen wie bei schwedischer Schuld. jedoch Verteilungspolitik unterwürfiger Volkswirtschaft. Von Leerkapazitäten keine Erfüllung. Daher Zinszahlung unnötig und Unterstützung jetzt Lebender auf Kosten zukünftiger Steuer zahler.	Würde weitere Nachfrage – ausfall erzeugen, weil AT ja zu -AC führt.
N \rightarrow A:			Verhindert wegen -AC die Nachfrage, damit auch Qu- Gewinne und Brüder zu A=U bei. Belastet nicht die Zu- kunft auf Kosten der Gegenwart.
		Staatsbedarf wird durch Zwangssparen von Privathaus – halten abgezogen. Günstig, falls Wahlkampfeseffekt staatlicher Ausgaben (Kreislaufe) größer als das Konsums (Abholz) unter Berücksichtigung der Konsolidie- rungswirkungen.	Zins steigt, Investitionen der Betriebe werden reduziert . Be- triebe ziehen durch entgangene Gewinne. C wird belassen, I geringer: im allgemeinen schlechter als vice versa.

Systemtheorien allgemein

chronologische

Zwingende Notwendigkeit der Entwicklung
im zeitlichen Ablauf

↓
Entwicklungsgesetze

↓

Zwangsläufigkeit des Geschehens bedingt
Determinismus (ein einzelnes Bestimmungs-
prinzip beherrscht alles) und **Monismus**
(Prinzip umfasst alle individuellen Ziel-
setzungen)

↓

Marxismus

typologische

Hilfsmittel geschichtlicher Schematisierung

↓

Vergleichsmodelle

↓

das Typische soll herausgestellt werden, um
Vergleichsmöglichkeiten zu gewinnen

↓

Rostow

Traditionelle Gesellschaft

traditional society

Auflaufperiode

transition

- 1) $\frac{3}{4}$ der Bev. im Agrarsektor
- 2) Über Existenzmin. nur Großgrundbes.
- 3) Politische Macht bei Bauern
- 4) Keine vertikale Mobilität
- 5) Fatalismus

- 1) Ausstoß von außen
- 2) Steigende Inv. in Wirtschaftsbereich
- 3) Neue Wirtschaftsgesinnung
- 4) Fortschrittswillige Elite
- 5) Sozialkapital entstehet; Elite übernimmt politische Führung

1) Besondere Impulse (Krieg, Staatswendung)

2) ↑ steigt auf etwa 10% des Y

3) Wachstumsindustrien (Leitsektoren)

4) Anpassung der Sozialordnung

5) Unternehmensscheidt

Reifestadium

maturity

- 1) Großteil der Ressourcen genutzt
- 2) ↑ über 10% des Y
- 3) Mehr als A Bevölkerung
- 4) Neue Industrien
- 5) Manager

Massenkonsument

mass consumption

Jenseits des Massenkonsument

seit 1970:

- 1) Wohlstand für alle
- 2) durchorganisierte Gesellschaft
- 3) Aufweitung wirtl. Markt
- 4) Soziale Ziele
- 5) „Konsumatismus“